



**Wahlauftakt
 26. August 2023**

Für eine sichere Zukunft in Freiheit – Notenblatt der SVP Schweiz für alle National- und Ständeratskandidaten

	Maximal- Note	Meine erreichte Punktzahl
Anschwingen		
1. Gang Für eine unabhängige und neutrale Schweiz – kein EU-Beitritt	10.00	
2. Gang Für eine kontrollierte Zuwanderung – keine 10-Millionen-Schweiz	10.00	
Ausschwingen		
3. Gang Für eine sichere Schweiz – Asylchaos stoppen, kriminelle Ausländer ausschaffen	10.00	
4. Gang Für weniger Steuern, Abgaben und Gebühren – mehr Geld zum Leben	10.00	
Ausstich		
5. Gang Einen weiteren Links-Rutsch verhindern – für Freiheit und Wohlstand	10.00	
6. Gang Und jetzt einen Plattwurf: Schluss mit Klima-Klebern, Gender-Terror und linksgrünem Verbotswahnsinn	10.00	
Schlussgang		
Für eine sichere Zukunft in Freiheit!	Total 60.00	



Marco Chiesa
 Parteipräsident



Thomas Aeschi
 Fraktionspräsident

Legislaturziele 2023-27 der Fraktion der Schweizerischen Volkspartei FÜR EINE SICHERE ZUKUNFT IN FREIHEIT!

Auf Basis des Notenblatts der SVP Schweiz vom Wahlauftakt am 26. August 2023 hat die Fraktion für die Legislatur 2023-2027 die nachfolgenden Legislaturziele definiert.

1. Für eine unabhängige und neutrale Schweiz – kein EU-Beitritt

Kein schleichender EU-Beitritt

- Keine automatische EU-Rechtsübernahme.
- Keine Unterstellung unter den EU-Gerichtshof.
- Nein zu Sanktionen bei Nichtbefolgung der EU-Vorgaben.
- Keine Bezahlung jährlicher «Marktzutrittsgebühren» in Milliardenhöhe.
- Kein schleichender EU-Beitritt.

Bewahrung der Neutralität

- Annahme der Neutralitätsinitiative für den Erhalt der immerwährenden, bewaffneten und integralen Neutralität, statt Auslieferung an die NATO und die EU-Sicherheitspolitik.
- Einen schleichenden Beitritt in ein kollektives Verteidigungsbündnis sowie durch Parteinahme motivierte Waffenexporte, welche die Neutralität unterwandern, verhindern.
- Einführung einer zwingenden parlamentarischen Legitimierung aller Soft-Law Konstrukte.

Stärkung von Unabhängigkeit, Föderalismus und Demokratie

- Stärkung von Föderalismus und direkter Demokratie mittels Bewahrung der kantonalen Souveränität.
- Fokus auf die Landesversorgung: Sicherstellen einer günstigen und permanent verfügbaren Energieversorgung sowie Ausbau der Pflichtlager, um unabhängiger von den störanfälligen globalisierten Lieferketten zu werden.
- Stärkung der wirtschaftlichen Unabhängigkeit durch das Abschliessen von neuen Freihandelsabkommen.

Stärkung der Sozialversicherungen

- Stärkung der Eigenverantwortung bei der Altersvorsorge und den Sozialversicherungen.
- Langfristige Sicherung des 3-Säulensystems in der Altersvorsorge.
- Keine Umverteilung der Kosten zu Lasten des Steuerzahlers.
- Ablehnung der schädlichen «Initiative für eine 13. AHV-Rente.»

Sicherheit durch eine bedarfsgerecht alimentierte und ausgerüstete moderne Milizarmee

- Sicherstellen, dass das Parlament die zugesprochene Finanzierung der Armee auf mindestens 1% des Bruttoinlandprodukts bis 2030 umsetzt.
- Debatte über die bedarfsgerechte Alimentierung und zeitgerechte Ausrüstung der Milizarmee anführen.

Steigerung der inländischen landwirtschaftlichen Produktion

- Nutzung der maximalen Fläche für die Produktion von Nahrungsmitteln.
- Agrarpolitische Experimente unter dem Deckmantel der Umwelt- und Klimapolitik abwehren.
- Ablehnung der links-ideologischen Umwelt- und Umerziehungspolitik.
- Einkommen in der Landwirtschaft erhöhen.
- Vereinfachung des Direktzahlungssystems.

2. Für eine kontrollierte Zuwanderung – keine 10-Millionen-Schweiz

Eigenständige Steuerung der Zuwanderung

- Annahme der Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz! (Nachhaltigkeitsinitiative)».
- Ablehnung UNO-Migrationspakt.

Versorgungssicherheit stärken

- Kulturlandverlust stoppen und Selbstversorgungsgrad erhöhen.
- Genügend und bezahlbaren Strom und Energie, auch mittels CO₂-freien Kernkraftwerken.
- Ausbau der Infrastruktur (insb. Nationalstrasseninfrastruktur).

Wohneigentum für Schweizer

- Rahmenbedingungen für Schweizer Wohneigentumskäufer verbessern.

Arbeitskräftemangel hauptsächlich mit inländischer Bevölkerung decken

- Zielgerichtete Ausbildungsoffensive bei Mangelberufen im Inland.
- Keine teure Verakademisierung im Gesundheitswesen und der Pflege.

Schweizer Identität bewahren

- Stärkung der christlich-abendländischen Werte: Integration ist eine Obliegenheit der Zuwanderer und muss konsequent eingefordert werden.

3. Für eine sichere Schweiz – Asylchaos stoppen, kriminelle Ausländer ausschaffen

Systematische Grenzkontrollen

- Wiedereinführung von systematischen Grenzkontrollen.
- Rückführung abgelehnter Asylbewerber.
- Abschluss zusätzlicher Rückübernahmeabkommen.

Migrationspolitik zum Nutzen der Schweiz

- Attraktivität der Schweiz als Zielland für Asyl-Migranten verringern.
- Kein Anrecht auf Asyl für Personen, die über einen sicheren Drittstaat einreisen.
- Auslagerung der Asylverfahren in Transitzone in allen Landesgegenden.
- Resettlement-Programme stoppen.
- Kriminelle Asylanten konsequent ausschaffen.
- Einsatz für eine eigenständige Migrationspolitik ohne Beteiligung an EU-Verteilschlüsseln.
- Keine Schweizer Entwicklungshilfe ohne funktionierende Rückführungsabkommen.

Asylsuchende sollen in unmittelbarer Nähe ihres Herkunftslandes bleiben

- Auslagerung der Asylverfahren in Drittstaaten.
- Unterstützung von Rückkehrbestrebungen von Asylsuchenden ins Herkunftsland.

Keine Toleranz gegenüber Illegalen

- Keine Regularisierung von abgewiesenen Asylsuchenden und illegalen Migranten (Sans-Papiers).

Schutz vor Kriminalität - Verschärfung des Strafrechts

- Erhöhung des Mindeststrafmasses bei Delikten an Leib und Leben.
- Dauerhafter Landesverweis bei schweren Straftaten.
- Einstellung der Zahlung von IV-Renten bei Landesverweis.
- Erhöhung des Strafmasses bei sexuellen Handlungen mit Kindern.
- Abschaffung der Anerkennung von Kinderehen und strikere Verfolgung von Zwangsheiraten.
- Härtere Sanktionen bei Gewalt und Drohungen gegen Angehörige der Blaulichtorganisationen.
- Ausweitung der Unverjährbarkeit auf schwere Gewaltdelikte.

4. Für weniger Steuern, Abgaben und Gebühren – mehr Geld zum Leben

Staatwachstum stoppen

- Abbau von unnötigen Regulierungen.
- Verschärfung der Schuldenbremse: Das Ausgabenwachstum darf über einen Konjunkturzyklus nicht grösser sein als das Wirtschaftswachstum.
- Überschüsse müssen konsequent in den Schuldenabbau investiert werden.
- Reduktion der gebundenen Ausgaben für mehr finanzpolitischen Handlungsspielraum.
- Ordentliche Bundesausgaben auf 65 Milliarden jährlich begrenzen.
- Plafonierung der Personalausgaben beim Bund auf 5 Milliarden jährlich und Begrenzung des Persolanbestandes auf 35'000 Vollzeitäquivalente, Realisierung der Effizienzgewinne durch Digitalisierung und Überarbeitung des Qualifikations- und Lohnsystems.
- Begrenzung der Entwicklungshilfe auf 2 Milliarden Franken jährlich.
- Verhinderung einer Erhöhung der Mehrwert-, Konsum- oder Klima-Steuern.
- Einführung eines Finanzreferendums.
- Verhinderung der Schaffung jeglicher neuer Fonds.

Steuerwettbewerb erhalten

- Flat-Rate-Steuer statt progressives Besteuerungssystem.
- Kantonaler Steuerwettbewerb erhalten und Fehlanreize im NFA beseitigen.
- Abschaffung der Heiratsstrafe durch Vollsplitting; Schutz der Ehe als «Wirtschaftsgemeinschaft».
- Verhinderung von Steuer- und Gebührenerhöhungen.
- Umfassende Aufgabenüberprüfung und weitere Entflechtung der Bundes- und Kantonsaufgaben.

Keine neuen Klimasteuern und -abgaben

- Keine neuen Klima-Steuern und --Abgaben.
- Keine Einführung einer Flugticketabgabe.
- Kein Investitionszwang in neue Heizungen bei Altbauten.

Schutz des einheimischen Bodens

- Alternative Nutzung nicht mehr für die Landwirtschaft benötigter Gebäude ausserhalb der Bauzone.
- Verschärfung der Lex Koller.
- Einfachere Verdichtung in urbanen Gebieten.

Infrastrukturen ausbauen

- Engpassbeseitigung im Nationalstrassennetz.
- Erhöhung von Sicherheit und Verfügbarkeit der Infrastruktur in peripheren Gebieten.
- Kein Mobility-Pricing.
- Mehr Rentabilität und Kostenwahrheit bei der Bahn.
- Radio- und TV-Gebühren senken und ungerechte Mehrfachbelastungen beseitigen.
- Leistungsfähigkeit und internationale Anbindung der Landesflughäfen gewährleisten.

Too-Big-To-Fail-Regulierung überarbeiten

- Kein Unternehmen darf «too big to fail» sein, um in einer Krise vom Staat und damit dem Steuerzahler gerettet werden zu müssen.
- Führungsverantwortliche in Verwaltungsrat und Geschäftsleitung sind in jedem Fall zur Verantwortung zu ziehen.

Reform des Gesundheitswesens

- Stärkung der Eigenverantwortung im Gesundheitswesen.
- Einführung von kostendämpfenden Massnahmen im Gesundheitswesen mit dem Ziel, weitere Prämienanstiege in der Obligatorische Krankenpflegeversicherung zu verhindern.

- Kampf gegen Überversorgung und Mengenausweitung im Gesundheitswesen (Spitalplanung, Zulassungssteuerung für Ärzte etc.).
- Ablehnung der «Kostenbremse-Initiative» und der «Prämien-Entlastungs-Initiative».
- Stärkung der Selbstvorsorge und Eigenverantwortung in der Alterspflege und im Gesundheitswesen.
- Erhöhung der Maximalfranchisen.
- «Krankenkasse light» für Personen mit ungeklärtem Aufenthaltsrecht.
- Ablehnung WHO-Pandemiepakt.

5. Für Freiheit und Wohlstand

Unternehmertum belohnen

- Mehr Freiheit und weniger Regulierungen, Vorschriften und Verbote zur Sicherung der bestehenden Arbeitsplätze und zur Schaffung neuer Arbeitsplätze.
- Stärkung der Selbstständigkeit.
- Keine neuen, überbordenden Meldestellen für Whistleblowing, Mobbing oder ähnliches.
- Ausbau der Regulierung im Finanzplatz Schweiz stoppen.
- Keine Ausbreitung des Staates in neue Geschäftsfelder (Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips).

Regulierung abbauen

- Gezielte Umsetzung des Unternehmensentlastungsgesetzes sicherstellen.
- Statistikaufwand für KMU reduzieren (Kein Zwang zur Datenlieferung ohne Entschädigung oder Abzugsmöglichkeit).
- Konsum- und Werbeverbote bekämpfen.

Keine staatlich verordnete Gleichstellung

- Bekämpfung von Quoten, Minimalvorschriften und Kontrollmechanismen, welche die unternehmerische Handlungsfreiheit beschränken.

Kein Ausbau des Sozialstaats

- Kein Ausbau des staatlich finanzierten Elternurlaubs.
- Weitere Anschubfinanzierungen für Fremdbetreuung verhindern, bevor diese verstetigt werden.

Bargeldverkehr nicht noch weiter einschränken

- Bargeldverkehr – bzw. das Bargeld – weder abschaffen noch weiter einschränken.

6. Schluss mit Klima-Klebern, Gender-Terror und linksgrünem Verbotswahnsinn

Keine Verbotskultur in Bezug auf die Ernährung

- Kein Ernährungsdiktat des Bundes.
- Verhindern eines Fleischverbots: freie Wahl der Konsumenten hochhalten.

Erhalt und Stärkung des traditionellen Familienmodells

- Stärkung des traditionellen Familienmodells.

Wahrung einer freiheitlichen Gesellschaft

- Nein zu Gender-motivierte Statistiken, welche die KMU erheben müssen.
- Keine Gender-Perspektive in bundesrätlichen Berichten.
- Einführung des Gendersterns in der Bundesverwaltung verhindern.

Bern, 24. November 2023